

unsere Chance

€ 1-

Solidaritätspreis: € 2-

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

PRÖLLS "PROJEKT ÖSTERREICH" Wo STEUERN WIR HIN?

Prölls "Projekt Österreich" ist ein ungeheuerliches, asoziales Projekt zur Ablenkung von den Krisenmachern und zur Erzeugung von Sündenböcken. Die Kapitalisten profitieren davon, die große Masse der Bevölkerung wird gegen einander ausgespielt und soll den Preis für die Wirtschaftskrise zahlen, die sie nicht verursacht hat.

Finanzminister Pröll hält seine "große" Rede und startet die Hetze auf Niedrigverdiener á la Haider mit seiner "Sozialschmarotzer"-Debatte der 1990er Jahre, Kanzler Faymann ist weiter auf Tauchstation und Strache kann sich so als "Rächer der Entrechteten" aufführen.

Wo hole ich mir die Milliarden, die die Banken und Konzerne wegen der von ihnen verursachten Krise erhalten haben und nicht zurückzahlen werden? Von den Millionen von Opfern dieser Krise, sowohl von den in Beschäftigung stehenden, als auch von den Arbeitslosen und Pensionisten. Doch das geht nicht so leicht, denn dieses Spiel würde durchschaut. Also muss verschleiert und abgelenkt werden und statt den wahren Schuldigen, den Kapitalisten, werden andere zu Sündenböcke gemacht.

NEUE SÜNDENBÖCKE

Das sind neben der großen Masse der unselbständig Beschäftigten mit niedrigem Einkommen die zugewanderten Arbeitskräfte, egal ob sie nun schon seit Jahrzehnten in Österreich leben und arbeiten oder frisch legal da sind und allesamt brav ihre Sozialabgaben und Steuern zahlen, nun auch diejenigen Zehntausende, die arbeitslos sind und noch werden oder Empfänger von Leistungen des Staates sind, weil die Firmen sie wegen der Sicherung ihrer Profite hinaus schmeißen oder mit der Angst,

den Arbeitsplatz zu verlieren, mit immer weniger Lohn oder Gehalt abspeisen.



2,7 MILLIONEN SOZIALSCHMAROTZER?

Laut Finanzminister Pröll zahlen von den rund 5,7 Millionen in Österreich als Selbständige (300.000 in Gewerbe oder als "neue Selbständige"/Werkvertrager), Bauern (97.000), Arbeiter, Angestellte, freie Dienstvertrager und Beamte (3,42 Mio.) und Pensionisten (1,88 Mio.) lebenden Menschen nur fast die Hälfte Steuern. Dies nimmt Pröll nun heuchlerisch zum Vorwand, "Steuergerechtigkeit" einzufordern oder die Frage zu stellen, "wie gerecht ist der Sozialstaat?" Ein "Transfer-Konto", das die staatlichen Sozialleistungen auflistet, soll angeblich "Transparenz" schaffen.

Applaus kam sofort von der Wirtschaft und der Industrie. Zuvor hatte schon die Industriellenvereinigung die Pensionisten als "asozial" bezeichnet, weil sie 1,9% Erhöhung wollen, und veranlasst, dass Vertreter der Jungen ÖVP und der "Jungen Industrie" – alle keine Söhne und Töchter aus armem Hause, ebenfalls gegen die "Alten" hetzen.

WARUM ZAHLEN SO VIELE MENSCHEN KEINE STEUERN?

Sind sie Steuerhinterzieher, sind sie faul? Nein! Die Unternehmer zahlen ihnen nicht mehr, beschäftigen sie entweder nur geringfügig, als Teilzeitkräfte, "neue Selbständige", "Freie Dienstvertrager" oder als Vollzeitkräfte mit zu wenig Lohn. Auch die rund 500.000 echten Arbeitslosen (inkl. Schulungen und sonstiger AMS-Verschleierungsaktionen) können nichts für ihr Schicksal, weil sie nicht freiwillig arbeitslos wurden, sondern von den Unternehmern gekündigt oder auch absichtlich in Frühpension geschickt wurden und werden (z.B. Post, Bahn, Siemens usw.). Die viel gepriesenen Privatisierungen haben zwar die Gewinne der Unternehmen, nicht aber die angebotenen Arbeitsplätze steigen lassen.

GEWINNE OBEN - OPFER UNTEN

Dabei sind die wahren Sozialschmarotzer, die den Staat ausplündern, nicht die einfachen

Menschen, sondern die Unternehmer und Bosse, die zuerst Jahrzehnte lang aus der Arbeit der Menschen Profit schlugen und schlagen, dann diesen immer mehr durch Spekulation vermehren und so die jetzige Krise verursachten. Jetzt wird mit der Drohung, die Menschen wegen der Krise auf die Straße zu setzen, vom Staat, also von uns allen Steuerzahlern, via Kurzarbeit, Sozialversicherungsbefreiungen für die Unternehmer usw. von den Firmen zuerst der Sozialstaat geplündert und dann die Menschen erst recht gekündigt.

TEILE UND HERRSCHE

Die Regierung und alle Parteien, von den Menschen gewählt, sind aber Handlanger nur der Kapitalisten, indem sie die Steuereinnahmen, die vor allem aus den Massensteuern Lohn- und Mehrwertsteuer und nur zu einem sehr geringen Teil aus Unternehmenssteuern (Körperschaftsteuer) stammen, denn eine Vermögensbesteuerung wurde in Österreich seit 1994 unter SPÖ-Regierung abgeschafft, eben v.a. zu den Unternehmern umverteilt (siehe Kurzarbeit etc.) und diese Unternehmerstützung als "Sozialpolitik" verkauft. Doch soviel Staatsstützung wie die großen Firmen erhalten, soviel haben die arbeitenden Menschen in Österreich in Summe nicht und werden sie auch nicht erhalten. Doch gegen sie wird vor allem gehetzt, weil genau von dieser gigantischen Umverteilung nach oben abgelenkt werden soll.

SOZIALSCHMAROTZER PROFITWIRTSCHAFT

Eines wird immer mehr sichtbar, wenn man hinschaut: Die Banken, Konzerne und Bosse wollen die Staatsstützungen, also die Milliarden-Gelder der Steuerzahler nicht zurückzahlen. Ja im Gegenteil: sie nützen diese zur eigenen Sanierung, d.h. zur Gewinnabsicherung und zur weiteren Gewinnausschüttung an ihre Aktionäre und für Boni an ihre Vorstände und Chefs. Sie können nicht genug kriegen, wenn man ihnen nicht einen Riegel vorschiebt.

Doch die Politik tut das nicht und besorgt direkt das Geschäft der Profitabsicherung für die Unternehmer. Wie? Indem sie von "Steuererechtigkeit"

und "Gerechtigkeit im Sozialstaat" oder "mehr Transparenz ("Transfer-Konto") spricht, was jeder normale Mensch ja nur unterschreiben kann. Doch darum geht es nicht. Damit soll nur von der Jahrzehnte lang betriebenen Umverteilung von unten nach oben abgelenkt werden, die Bonzen und Bosse aus der Schusslinie der Kritik an ihrer Profitmacherei genommen werden und Schlechtverdiener und Sozialleistungsbezieher als Schmarotzer gebrandmarkt werden. Es wird so getan, als hätte der Staat nichts mehr zu verteilen. Doch die Konzerne und Bosse holten sich schon in der Vergangenheit viel zu viel vom allgemeinen Kuchen auf unsere Kosten und wollen erst recht jetzt unter dem Deckmantel der "Krisenbewältigung" noch mehr davon.

GIGANTISCHE UMVERTEILUNG NACH OBEN

Laut Statistik Austria hat sich seit 1995 (EU-Beitritt) die Schere zwischen Netto-Arbeitnehmer- und Kapitaleinkommen eklatant aufgetan. So ist der Anteil der Ersteren an der Wertschöpfung in diesem Zeitraum von 62 auf 55% zurückgegangen. Für die letzten 15 Jahre aufgerechnet bedeutet diese unternehmerfreundliche Politik einen **Lohn- und Gehaltsraub von sage und schreibe 98 Milliarden Euro!** Im Detail wurden durch diese Umverteilung so z.B. den Pensionskassen 15 Milliarden Euro, den Krankenkassen 5 Milliarden geraubt. Es gäbe weder ein Krankenkassendefizit (1,2 Milliarden), wegen dem jetzt der Bankrott und Selbstbehalte an die Wand gemalt werden, noch eine absolut abscheuliche Debatte um mickrige Pensionserhöhungen von 1,9%, was so wenig wie 18,- Euro pro Pensionist bedeutet.

Und wo ist das Geld hin? Die Gewinne und Selbständigeneinkommen summieren sich in diesem Zeitraum auf die genannten 98 Milliarden Euro. Davon wurden aber nur rund 40 Milliarden wieder investiert, der Rest ging in den Kapitalexport, womit sich die Firmen z.B. in Osteuropa einkauften oder wurde in Form von Dividenden an die meist Großaktionäre ausbezahlt. Allein zwischen 1995 und 2008 haben sich diese Gewinnausschüttungen verfünffacht!

Sinn und Zweck der ganzen

Hetze ist daher klar: Ablenkung vom bisherigen und künftigen Raubzug gegen breiteste Bevölkerungsschichten!

Bevor sich der Zorn gegen die Kapitalisten wendet, sollen andere Schuldige hervorgezaubert werden. Auch wollen diese Kreise damit ganz vergessen machen, dass eine Vermögensbesteuerung und eine Umstellung des Steuersystems auf eine Wertschöpfungsbesteuerung im Interesse der arbeitenden Menschen wäre.

STEUERN AUF VERMÖGEN UND WERTSCHÖPFUNG

Würde auf Vermögens- und Wertschöpfungsbesteuerung umgestellt, würden zwar die Profite der Großen schrumpfen, könnten die weniger Geld ins Casino tragen und weniger des schwer von uns erarbeiteten Geldes verspekulieren. Andererseits würden die nötigen Gelder für Gesundheit, Soziales, Bildung, Pensionen usw. im Interesse der breiten Masse aber so leicht aufzubringen sein. Das wäre nur gerecht, alles andere ist ungerecht. Wirklich demokratisch ist es, die Profitwirtschaft und die Unternehmerwillkür endlich in die Schranken zu weisen und letztlich abzuschaffen!

AUFGABE VON STAAT UND STEUERN

Und was wäre die Aufgabe von Steuern und Staat? Das von allen Menschen im Land erwirtschaftete mit Hilfe der Steuereinnahmen und dem Steuerungsinstrument Staat auch wieder zur Masse hin zurückzuleiten, zu transferieren, ihr also ausgleichend (Bildung, Gesundheit, Vorsorge, Mobilität usw. für alle) zugute kommen zu lassen. Nicht Aufgabe des Staates ist es, die eigentlich der Allgemeinheit gehörenden Gelder zu einer absoluten Minderheit, die es ohne unserer Hände und Köpfe Arbeit gar nicht gäbe, zu den großen Banken, Versicherungen, Konzernen samt ihren Chefs, Bossen, Vorständen, Aufsichtsräten usw., umzuleiten.

PROFITWIRTSCHAFT - FASS OHNE BODEN

Jetzt haben wir sie, die Verteilungsdebatte - aber in die falsche Richtung, weil SPÖ- und ÖGB-Führung sie nicht wirklich führen woll(t)en. Deshalb kön-

nen ÖVP und Industrie vom wirklichen Sozialschmarotzertum der Unternehmer ablenken und auf die kleinen Leute losschlagen.

Während SPÖ und ÖGB aus Koalitionsrason mit der ÖVP die Vermögensdebatte auf die Zeit nach der nächsten Wahl (2013 !!!) verschoben haben, haben ÖVP und Industrie die Zeit genutzt und diese Attacke vorbereitet.

Das jetzige Hinhalten auf die „steuerfreien“ Niedrigverdiener, Sozialleistungs- und Arbeitslosenbezieher und das Aussparen der steuerfreien und arbeitslo-

sen, weil durch eine Person oder einen Konzernchef samt aller Vorstände, Aufsichtsräte, Abteilungsleiter usw. nicht erarbeitbaren Höchstehkommen weit über der Höchstbemessungsgrundlage sowie das Nichtanfasten der steuerschonenden (z.B. Privatstiftungen) oder der ganz steuerfreien Vermögen und Wertschöpfung ist eine Vorbereitung darauf, dass auch die in Arbeit oder Pension stehenden es für die Erhaltung des Arbeitsplatzes oder der Pension billiger geben, also Kürzungen widerstandslos hinnehmen sollen.

Es wird nicht genügen, freundlich zu lächeln, oder der ÖVP ein paar kosmetische Zugeständnisse abzutrotzen. Wer nicht klipp und klar sagt und danach handelt, dass die Profitwirtschaft das Übel ist und diese abgeschafft gehört, ansonsten die breite Masse im wahrsten Sinne des Wortes – letztlich in neuen Kriegen um die Vorherrschaft zwischen den USA- und den EU-Kapitalisten – bluten wird, der handelt grob fahrlässig und spielt neuen „starken Männern“, die die Angst der Menschen ausnützen, in die Hände.

LANDTAGSWAHLEN **ZU DEN SPÖ-VERLUSTEN**

In Vorarlberg hat die SPÖ nur mehr 10% der Stimmen, in Oberösterreich nur mehr 25%

In Oberösterreich hatte die SPÖ 2003, als sie gegen den Ausverkauf der Voestalpine auftrat (und dann nach der Wahl nichts mehr in diese Richtung unternahm), +11% bekommen und 38% der Stimmen erreicht. Jetzt hat die SPÖ 13% verloren, das sind die höchsten Verluste der SPÖ seit 1945 die sie jemals bei Landes- oder Bundeswahlen einstecken musste. Gleichzeitig gewann die rechte FPÖ und kam in Oberösterreich auf 15%. Ja sogar die Regierungs-Unternehmerpartei-ÖVP legte leicht zu.

Nach Schwarz-Blau/Orange auf Bundesebene haben die WählerInnen zweimal hintereinander (Gusenbauer, Faymann) die SPÖ vor die ÖVP gewählt, weil sie keine Belastungen mehr wollen. Doch weder hat die SPÖ- oder Gewerkschaftsführung wirklich etwas gegen den Ausverkauf und den damit verbundenen Arbeitsplatzabbau noch gegen die Abwälzung der von den arbeitenden Menschen nicht verursachten Krise auf ihren Rücken unternommen. Im Gegenteil, das Spekulieren, das Gewinne-Ausschütten, das Manager-Boni-Auszahlen oder der Ausverkauf – siehe AUA – geht mit Staatsgelder-Hilfe, also mit unseren Steuergeldern, munter weiter.

Und was ist mit den „Konjunkturpaketen“, die angeblich den arbeitenden Menschen zugute kommen sollen? Reine Propaganda. Beispielsweise wird

weiter den Krankenkassen, die aufgrund der Ausplünderung von Schwarz-Blau/Orange und wegen der steigenden Arbeitslosigkeit (weniger Beitragszahlungen) kein Geld haben, kein Geld gegeben. Die Mindestsicherung wird nicht nur wieder aufgeschoben (2010), sondern sogar gekürzt – aber ebenfalls als Erfolg dargestellt. Gleichzeitig erhielten die Banken das 100 Milliarden „Hilfspaket“ und bekommt gerade jetzt die „Wirtschaft“ – auch das ist noch beschönigend – in Wirklichkeit die größten in- und v.a. ausländischen Großunternehmen in Summe 10 Milliarden Euro als „Krisenhilfe“. Magna will für seine Einkaufstour beim deutschen Opel-Konzern 150 Millionen Euro vom österreichischen Steuerzahler. Ebenso will die Voestalpine, erst vor 5 Jahren mit viel Tam-Tam privatisiert, jetzt auch vom Staat 300 Millionen Euro. Die Unternehmer, die vorher und erst recht jetzt nur einstreifen, werden gehätschelt, für die arbeitenden Menschen droht die Arbeitslosigkeit auf 10% und mehr zu steigen, von 500.000 (so viele sind es jetzt schon, wenn man die geschönten AMS-Zahlen weglässt) bis 800.000 im Jahr 2010 ist die Rede. Gleichzeitig keift die Industriellenvereinigung gegen die Pensionisten, beschimpft sie als „asozial“, weil sie 1,9 % Erhöhung verlangen, hetzt Junge gegen Alte auf. Kollektivverträge werden einseitig von der Unternehmenseite gekündigt, keine neuen abgeschlos-

sen. Industriellenchef Veit Sorger will gleich alle sozialen Gesetze loswerden, weil sie für die Unternehmer Ballast darstellen, und sieht in der Krise dazu eine gute Gelegenheit, wie er in Alpbach – beim jährlichen Treffen des Establishments – sagte.

Und was tut die SPÖ-Führung dagegen, die bei Wahlen vorgibt für die arbeitenden Menschen zu sein. Was tut die Gewerkschaftsführung? Beide hoffen, wenn sie die Unternehmer via „Sozialpartnerschaft“ und deren Partei, die ÖVP, bei Laune halten, d.h. ihnen ständig nachgeben, dann wird man ihnen schon etwas lassen, dass sie dann als „Erfolg“ für die arbeitenden Menschen verkaufen können. Doch das hat sich schon in der Vergangenheit und erst jetzt in der Krise, wo die Unternehmer noch mehr und direkt mit dem Hinausschmiss drohen, nicht abgespielt und als gefährlicher Trugschluss bewiesen, der die SPÖ zur 20%-Partei hin bringt. Ergebnis: ein Teil der Menschen, die bisher die SPÖ wählten, wählen jetzt ungültig oder den rechten Strache.

Schuld am Absacken der SPÖ sind nicht ihre Wähler, die sich abwenden. Die SPÖ verliert auch nicht, weil die FPÖ oder die ÖVP so „gut“ wären, oder die besseren Konzepte hätten, oder die Sorgen der Menschen wirklich ernst nehmen oder gar Lösungen im Sinne der arbeitenden Menschen anzubieten hätten. Das reden uns (natürlich) diese Parteien ein und

auch die Medien, die im Besitz der Reichen und Großkopferten sind. Auch die SPÖ- und Gewerkschaftsspitzen orientieren sich daran, weil sie die Unternehmer nicht angreifen und ihnen nichts wegnehmen wollen. Die SPÖ verliert, weil ihre Führer beim Schröpfen der arbeitenden Menschen im Namen der Krise und zugunsten der Unternehmer mitmachen und damit Verrat an ihren eigenen Grundsätzen und an den ureigensten Interessen der arbeitenden Menschen begehen.

Der einzige Ausweg ist, dass sich die arbeitenden Menschen selbständig und gemeinsam zusammenschließen und wehren. Ob das den jeweiligen Häuptlingen in Gewerkschaft oder SPÖ passt oder nicht. Nur so kann auch das perfide Spiel von ÖVP, FPÖ oder auch Grünen entlarvt werden, zu versuchen, sich im Windschatten des Niedergangs der SPÖ als neue „Arbeitervertreter“

anzubiedern. Unsere Interessen müssen wir selbst vertreten und so diejenigen in SPÖ und ÖGB, die ebenfalls mit den Oberen nicht einverstanden sind und gegen die zunehmende Unternehmerwillkür nicht mehr stillhalten wollen, ermutigen, sich nicht mehr gängeln zu lassen.

Nur so können auch die Apparate unter Zugzwang gesetzt werden, doch die arbeitenden Menschen zu unterstützen. Warten, dass die Apparate von sich selbst aus aktiv werden, obwohl sie bislang in der „Sozialpartnerschaft“ bequem leben konnten, ist vergebens. (aus, ggae, 3-09)

DER SPÖ INS STAMMBUCH

„Die radikale Rechte in diesem Land benötigt auf perverse Weise die Fremden, um die dadurch geschürte Angst auf ihre politischen Mühlen zu leiten. Und es gibt politische Grüppchen, die wiederum diese Rechte brauchen, um zu wissen, wer sie sind ... So fällt doch die Last der Verantwortung auf jene Parteien, die eine halbherzige Integrationspolitik mit einer hartherzigen Asylpolitik verbinden, um so eine Abwanderung ihrer Wählerschaft zu stoppen. Das aber ist eine trügerische Hoffnung: Die Ängste essen nicht nur die Seele auf, sondern untergraben die Zivilgesellschaft ... Das kurzsichtige Kalkül, populistische Parteien rechts zu überholen, verfängt nicht. Das mussten schon Erich Haider und Gabi Burgstaller bei ihren Wahlkämpfen erfahren ...“

(Wolfgang Müller-Funk, Kulturphilosoph, Gastprofessor am Institut für Europäische und Vergleichende Sprach- und Literaturwissenschaft der Universität Wien – aus „Standard“, 17./18.10.09).

WELCHE „GEFAHR“ DROHT DER WELT VON AFGHANISTAN?

Was machen die USA, ihre Truppen, ihre Luftwaffe in Afghanistan viele 1.000e km von ihrem Land entfernt, was machen deutsche Truppen und sogar Offiziere aus dem neutralen Österreich in Afghanistan?

Wieso führen die USA seit 8 Jahren direkt Krieg in Afghanistan. Vorher haben sie jahrelang die afghanischen Mujahedin, die Vorläuferorganisation der Taliban, im Kampf gegen die russischen Besatzer unterstützt und z. B. auch Bin Laden mit Millionen Dollars finanziert.

Wieso erklärt Obama nun Afghanistan zum wichtigsten Kriegsschauplatz und stockt die US-Truppen dort massiv auf? Weiters hat Obama vor kurzem Afghanistan und Pakistan, zu einem einheitlichen Kriegsschauplatz erklärt. Er hat auch die Ausweitung des US-Krieges auf Pakistan durch illegale US-Luftangriffe mit unbemannten Flugkörpern befohlen.

Obamas Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, auch Berater früherer US-Präsidenten, hat schon 1997 in seinem Buch „das große Schachbrett“ die Auffassung vertreten, dass die USA als einzige Weltmacht, um ihre globale Vormachtstellung zu erringen und zu behalten, die Vor-

herrschaft über Eurasien erringen muss und zwar deshalb, weil Eurasien der mit Abstand größte Kontinent ist, auf dem 75% der Weltbevölkerung leben und in der drei Viertel der weltweit bekannten Energievorräte liegen. Die durch die USA 2001/2002 erfolgte Besetzung Afghanistans und die Besetzung des Iraks gehörten schon bei Z. Brzezinskis Plänen 1997 zu den US-Herrschaftsvorhaben. Afghanistan ist für die US-Politik von entscheidender Bedeutung.

WORUM GEHT ES?

Es geht den USA nicht nur um die Kontrolle einer Ölpipeline zwischen der erdöl- und erdgasreichen Region um das Kaspische Meer und dem indischen Ozean, einer Verbindung, die Russland umgehen und das Öl zu den Öltankern der großen US-Öl Konzerne bringen soll. Russland soll damit geschwächt werden.

Es geht vor allem um die so wichtige strategische Lage Afghanistans: Im Süden grenzt das

Land an Pakistan, dahinter liegt Indien, das an China grenzt. Die USA haben Indien mit Atomwaffen aufgerüstet, um China zu bedrohen. Im Westen grenzt Afghanistan an den Iran, dem nächsten Kriegsziel der USA. Im Norden grenzt Afghanistan an die früheren zentralasiatischen Sowjetrepubliken Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan, in denen die USA schon länger versuchen, Einfluss und Stützpunkte zu gewinnen, um Russland weiter militärisch einzukreisen.

In Tadschikistan z.B. verhandelt die USA derzeit über eine Luftwaffenbasis im Norden.

In Usbekistan sind die USA wieder militärisch präsent, ebenso in der Hauptstadt von Turkmenistan. Und im Osten grenzt Afghanistan auch an China, neben Russland der zweite große Konkurrent der USA, der von seiner Wirtschaftskraft die absoluten Weltherrschaftspläne der USA gefährden könnte.

Das heißt, Afghanistan ist für

die USA so etwas wie ein landgebundener Flugzeugträger und Stationierungsort für ihre (Atom)raketen Abschussanlagen und für ihre Luftwaffe und ihre Truppen. Es grenzt indirekt bzw. direkt an die zwei Länder, die wenn sie sich zusammentun, vor allem wirtschaftlich der Vorherrschaft der USA gefährlich werden könnten, nämlich Russland und China. (Brzezinski)

USA-BRÜCKENKOPF EUROPA?

2007 schrieb Brzezinski in seinem Buch: „die 2. Chance“ in Kritik an der Außenpolitik der Regierung Bush 1, Clinton und Bush 2, die US-Politik müsse in Zukunft Europa mehr in seine Politik in Eurasien einbeziehen bzw. Absprachen mit China treffen und gleichzeitig Russland isolieren bzw. womöglich destabilisieren trachten! Europa soll den USA als „Sprungbrett auf dem eurasischen Kontinent dienen“! Es soll der Brückenkopf für die US-Interessen in Eurasien sein.

Die USA haben ihre Welt-herrschaftspläne keineswegs relativiert bzw. abgeschwächt, sondern tragen dem Umstand Rechnung, dass Bushs vor allem rhetorischer Konfrontationskurs zuviel Widerstand bei den Völkern überall auf der Welt hervorrief und damit den Großteil der Welt gegen sich aufbrachte. Unter Obama wird die US Taktik nach außen geschmeidiger, ihre Rhetorik klüger auf Kooperation vor allem mit den großen EU-Staaten ausgelegt, das Ziel bleibt das Gleiche, die globale Herrschaft der USA.

Obama plädiert ja auch für eine Aufstockung von EU-Truppen in Afghanistan, z.B. der deutschen Truppen bzw. für gemeinsame Anstrengungen der USA und der EU in Eurasien. Er hat jedoch seine Forderung nach der deutschen Truppenaufstockung aus Rücksicht auf Angela Merkel auf nach der deutschen Wahl verschoben. Im Übrigen stehen auch schon einige österreichische Offiziere unter deutschem Kommando in Afghanistan.

KOMPLIZENSCHAFT + KONKURRENZ

Die großen EU-Staaten und ihre Konzerne machen einerseits mit den USA gemeinsame Sache, um so ihre Interessen zu wahren.

Gleichzeitig baut die neue EU-Militärunion ebenfalls eine schnelle Eingreiftruppe aus, als offensive Konkurrenz zur USA im Kampf um Absatzmärkte, geopolitischen Einfluss, Rohstoffquellen. Die Euro-Armee soll letztlich laut Plan 360 000 Soldaten stark sein. 120 000 Soldaten sollen damit permanent samt Hubschrauber und Transportflugzeugen einsatzbereit sein. An der Seite der deutschen Truppen sollen nun zunehmend auch österreichische Soldaten wieder einrücken, in fremde Kriege ziehen.

Das deutsche Militär soll, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) einmal schrieb, in Afghanistan „die herrschende Weltordnung verteidigen“, (FAZ 13.08.2006), das heißt die Profitordnung verteidigen!

FRIEDEN UNERWÜNSCHT



Es geht den USA nicht um einen wirklichen Frieden in der Region - den können sie gar nicht brauchen! Dazu schrieb ein profunder Kenner der Region, Christoph R. Hörstel, ein ehemalige ARD-Mitarbeiter, der seit über 20 Jahren die Region bereist und zuletzt als Coach im Fach „Landeskunde Afghanistan“ für Führungskräfte der Bundeswehr-Schutztruppe für Afghanistan arbeitete, in seinem kürzlich erschienenen Buch »Brandherd Pakistan«:

„Wir müssen uns darüber klar sein, dass am Hindukusch, in Zentralasien, mitten zwischen Iran und China, die Feststellung „mission accomplished“ (Mission beendet) eine Art Horrorvorstellung für amerikanische Interessenvertreter darstellt: Denn in diesem Fall müssten die USA ihre Truppen zurückziehen. Und dann macht Asien sich sozusagen selbständig. Der Iran stellt seine Energierohstoffe chinesischen Abnehmern zur Verfügung - abgerechnet werden diese Lieferungen bereits heute nur noch zu 40 Prozent in US-Dollars - und dann haben die USA tatsächlich Macht und Einfluss verloren.“

Das heißt: Die USA brauchen den Krieg in Afghanistan. Sie haben kein Interesse an einem dauerhaften Frieden in der Region, dann hätten sie keinen Vorwand, in dieser Region weiter zu bleiben. Als Vorwand dient ja u.a. der „Krieg gegen den Terror“.

Deswegen sagte Obama schon vor seiner Wahl: „Ich glaube, dass hier (in Afghanistan) der Hauptfokus, die Hauptfront im Kampf gegen den Terrorismus sein muss.“

Hörstel schreibt weiter in Bezug auf den Einsatz der deutschen Truppen in Afghanistan, dass schon Anfang 2008 die regierungsnahe »Stiftung Wissenschaft und Politik« (SWP) in einer Studie schrieb, dass Deutschland »die Aufstandsbekämpfung als neue Einsatzrealität akzeptieren« müsse. Hörstel weiter: „Zur Legitimierung ihrer militärisch durchgesetzten strategischen Hege-

monialinteressen in Asien lassen die USA heimlich über pakistanische Geheimdienste ihre Gegner hochpöppeln, die sie gleichzeitig durch gewaltsame Eingriffe zu steuern versuchen. Dieses Doppelspiel sichert den ständigen Zuwachs an eigenen und verbündeten Truppen in der Region, die dann dazu benutzt werden, weitergehende geschäftliche Ziele zu erreichen“. Hörstel berichtet auch von einer allwöchentlichen Geheimdienst-Lagekonferenz im deutschen Bundeskanzleramt auf der er einen Teilnehmer fragte, ob denn der BND (deutscher Geheimdienst) über diese Doppelpolitik der USA informiert sei, den Krieg am Hindukusch heimlich zu befördern, um ihn offen ausweiten zu können. Die Antwort war: „Ja, wir wissen das“.

Unter diesem Blickwinkel bedeutet Obamas Aussage, „Der Krieg in Afghanistan ist nicht zu gewinnen“, dass dieser Krieg, im Interesse der USA, ewig weitergehen soll. Welch ein Zynismus auf Kosten des afghanischen Volkes, auf Kosten der Zerstörung des Landes, auf Kosten 10.000er Toter.

VORWAND + ZIEL

Unter dem Vorwand, „Krieg gegen den Terror“, „Sicherheit für das afghanische Volk zu schaffen“, „unsere (= US) Bürger zu schützen und die Werte Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen“, führen

die USA und nun schrittweise die europäischen Mächte in Afghanistan bzw. in der ganzen Region Krieg um Einflussphären, Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Krieg um ungeheure Profite, führt die USA Krieg für ihre Weltherrschaft.

Schon Anfang der 1990er Jahre stand im neuen Leitlinienentwurf des Pentagons (US-amerikanisches Verteidigungsministerium) u.a.: "Es gibt andere Nationen oder mögliche Koalitionen, die in der ferneren Zukunft strategische Ziele und militärische Fähigkeiten entwickeln könnten, die auf regionale oder globale Vorherrschaft hinauslaufen. Wir müssen unsere Strategie jetzt darauf konzentrieren, dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten globaler Dimension zuvorzukommen." Und in einer Studie aus dem Umfeld des Pentagons 2000 stand ein Satz, der bei der Endfassung gestrichen wurde: "Der Präsident beabsichtigt nicht, es irgendeiner anderen ausländischen Macht zu erlauben, den gewaltigen Vorsprung, der sich den USA seit dem kalten Krieg eröffnet hat, aufzuholen."

Hat die USA ja schon lange vor der von ihr ausgelösten großen Wirtschafts- und Finanzkrise überall auf der Welt Kriege geführt, unliebsame Regimes gestürzt, ihre Einflussphäre immer wieder auch militärisch durchgesetzt, so gilt dies seit der Weltwirtschaftskrise umso mehr. Die USA gerät wirtschaftlich gegenüber den europäischen Großmächten

aber auch gegenüber China und Japan immer mehr ins Hintertreffen.

Die ungeheure Finanz - u. Wirtschaftskrise der USA wirkt sich auf der ganzen Welt aus.

Der Tiefpunkt ist noch gar nicht erreicht. Die Industrieproduktion ist weltweit mindestens um ca. 20% eingebrochen. Die Arbeitslosigkeit in den USA und Europa nimmt immer noch weiter zu, nun werden ca. 10% Arbeitslosigkeit auch bei uns in Österreich prognostiziert

Die schwere Wirtschaftsrezession wird bis 2011 andauern.

Weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit, Verelendung, Verlust von Wohnungen bzw. Haus, all das trifft die Masse der Menschen während eine kleine Schicht von Reichen durch die Krise noch reicher wurde und wird. Und die Banken und die anderen großen Finanzinstitute erhalten noch Milliarden an Steuergeldern, damit ihre Profite weiter gewährleistet sind.

KRISE + KRIEG

Die USA setzt in der Krise noch mehr auf die militärische Karte. Ob nun US-Autos von General Motors u.a. noch verkauft werden können oder wieder 10.000e Arbeiter ihren Job verlieren, Jobs in der US-Militärindustrie sind sichere Arbeitsplätze. Die Rüstungswirtschaft und ihr Umfeld blühen, die Profite der Konzerne des militärisch-industriellen

Komplexes steigen weiter.

Kein Wunder, das US-Militärbudget betrug letztes Jahr schon ca. 1.000 Milliarden Dollar, plus 500 Milliarden für das Ressort für Sicherheit und Verteidigung, plus die Kosten für den Irak-Krieg und den Krieg in Afghanistan, ca. 500 Milliarden Dollar pro Jahr. Krieg ist und bleibt direkt und indirekt das größte Geschäft. Als Vorwand brauchen die USA „gefährliche Gegner, Terroristen und Terrorstaaten usw.“

Die USA, als einzige Supermacht, mit dem Anspruch auf Weltherrschaft, sind der gefährlichste und aggressivste Staatsterrorist der Welt. Sie bringen uns der Gefahr eines neuen Weltkrieges immer näher.

Österreichs Neutralität ist heute wichtiger denn je. Die Erhaltung bzw. die Verteidigung unserer Neutralität ist ein Beitrag zum Frieden in Europa und in der Welt. Wenn wir mitmarschieren, werden wir selbst zur Zielscheibe.

Nicht die Eingliederung in die EU der Konzerne und der Militärs, nicht die Kooperation mit der NATO, nicht die Aufgabe der staatlichen Souveränität und die Teilnahme an Kriegen, sondern eine aktive Neutralitätspolitik unseres Landes ist der beste Beitrag zu Sicherheit und Frieden!

(aus: GGAE, 3/09)

ÖBB

BAHN FREI – ZUM AUSVERKAUF

Seit mehr als 20 Jahren, seit dem Projekt der damaligen Großen SPÖ-ÖVP-Koalition "Neue Bahn" hören wir von besseren und schnelleren Zugverbindungen usw. ...

In Wirklichkeit wurden die ÖBB zum Selbstbedienungsladen für in- und ausländische Bau- und Elektrofirmen (Porr, Strabag, Siemens) sowie für Kredit gebende Banken. Deren Gewinne wurden als Verluste der ÖBB verbucht und – ähnlich wie bei der Verstaatlichten Industrie, bei Telekom, AUA oder Post – politisch dazu verwendet massenhaft Personal abzubauen, Preise zu erhöhen und die Bahn für den Ausverkauf herzurichten. Da wurde z.B. in den letzten Jahren ein Strecken- und Bahnhofs-Ausbau- und Modernisierungsprogramm mit Milliardeninvestitionen gefahren und jetzt werden Strecken stillgelegt. Statt von der Straße auf die Schiene, wird Gütervolumen von der Schiene auf die Straße verlegt. Und der profitträchtige Güterverkehrsbereich der ÖBB, die Rail Cargo Austria (RCA), soll für einen strategischen Partner, die Deutsche Bahn ist im Gespräch – spricht für einen Konkurrenten auf Kosten von Beschäftigten und Fahrgästen hergerichtet werden.

Dass Bahnmanagement, Politik-, Gewerkschafts- und Betriebsratsspitzen beim Mobbing gegen die ÖBB-Beschäftigte zusammenspielen, verdeutlicht, dass mit Petitionen an den Nationalrat usw. nichts zu erreichen ist. Nur wenn sich Betroffene – also z.B. die Fahrgäste, v. a. die Zehntausenden Pendler, Beschäftigte sowie Gemeinden und Bürgermeister aktiv zusammentun, nicht spalten lassen und wehren, dann kann diesem Treiben Einhalt geboten werden.

EU-VERTRAG: IRLAND

Die EU-Bosse und Bonzen und ihre Handlanger in Irland haben so lange abstimmen lassen bis das Ergebnis stimmt – für die Multis und Militärs.

Wie es da zugegangen ist, mit welcher diktatorischer Angspropaganda die Iren da zu einem "Ja" zum Lissabon-Vertrag genötigt wurden, das verrät der Kommentator aus Dublin im ORF-Journal vom 3. Oktober: "Wem das Wasser bis zum Hals steht, der überlegt sich, das Maul aufzureißen." Zu wichtig war den EU-Granden und den dahinter stehenden Konzernen und Militärs die Sache, sodass sie ihre Angstpropaganda-Walze losließen.

Was uns jetzt erwartet ist weiterer Demokratie- und Sozialabbau und im Gegenzug Aufrüstung und Kriegsteilnahme. So plant die EU bis 2020 eine 360.000 Menschen starke Armee. Die kleinen EU-Staaten sollen noch mehr unter die politische, wirtschaftliche und militärische Kontrolle der großen kommen.

Für Österreich bedeutet das, dass uns unser Establishment noch mehr an das deutsche Kapital ausliefert, wie schon bei der ehemaligen Verstaatlichten Industrie und der AUA schon geschene, wie bei Post (neuer Chef kommt von der deutschen Mobilkom) oder ÖBB gerade in Umsetzung und Planung.

KAPITALIST ZUR PROFITWIRTSCHAFT NÄCHSTER FINANZCRASH PROGRAMMIERT

"... Was ist geschehen? Eine Krise, die durch versteckte, zu hohe Schulden ausgelöst wurde, konnte bewältigt werden durch: noch höhere Schulden ... durch horrenden Milliardenbeträge an Staats- und damit Steuergeld ... Um das Finanzsystem nicht krachen zu lassen, wurde den Banken ... von den Regierungen erlaubt, schamlos zu tricksen. In ihren Beständen befinden sich massenhaft faule Wertpapiere, ... die nicht offengelegt werden müssen ... Es wird gezockt wie eh und je ... Gänzlich versagt hat die Politik bisher: Die legendären Hedgefonds können riskieren auf Teufel komm raus ..., die Rating-Agenturen bleiben unkontrolliert, und die EU-Richtlinie über die Eigenkapitalvorschriften für Banken ist geradezu handzahn." (Siegfried Menz, Generaldirektor der Ottakringer Brauerei AG, Standard, 17./18.10.09)

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 – 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

100/09

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber,
Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen"
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

LESERBRIEF:

Solidarität mit Arbeit suchenden

Wie schaut es damit bei den ArbeitnehmerInnen aus? Unter Hundstorfer wird nun Zwangsarbeit in Form "gemeinnütziger Arbeit!" - in den 80er und 90ern von der FPÖ gefordert und von der SPÖ als faschistoid abgelehnt, flächendeckend unter Umgehung der regulären KVs - dank GPA und deren BAGS und BABE-KV mit extra schlechter Regelung für "Transitarbeitskräfte - eingeführt und niemand schreit auf? In was für einer Bananenrepublik leben wir denn, wenn nicht einmal die "Linke" mitbekommt, was so läuft?
M.M., Wien

100 NUMMERN



SOLIDARITÄT UNSERE CHANCE

Das „Österreichische Solidaritätskomitee“ hat seit 1981 Aussendungen an BetriebsrätInnen verschickt. Mit dem Generalangriff auf die Verstaatlichte im Winter 1985/1986 entschlossen wir uns, regelmäßig die Zeitung „Solidarität - unsere Chance“ herauszugeben. Die Nummer 1 erschien im Jänner 1986. Seitdem unterstützen wir von Zusperren, Kündigung oder Sozialabbau Betroffene in ihren Auseinandersetzungen und Kämpfen und organisieren wo wir können Solidarität nach dem Motto: Hilf dir selbst indem du anderen hilfst, übe die Solidarität“.

SPENDENAUFTRUF

Wir haben die letzten Male an viele neue Interessierte unsere Zeitung geschickt.

Bitte geben Sie uns durch eine Spende, Abzahlung, per Post oder E-Mail (Adresse siehe Seite 1) ein Zeichen, dass Sie die Zeitung weiter beziehen wollen.

Danke. Mit solidarischen Grüßen.
Österr. Solidaritätskomitee

P.S.K.

00079348267
W. Leisch 60000

P.S.K.

00079348267
W. Leisch 60000

EUR

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
SPENDE
ABO
E-Mail Adresse

004

00079348267+ 000600000>

004
40+